

# Infos

zur

## Hochschulfinanzierung

---

- Seite
- 2 - AstA-Infos Nr. 75, 78, 79
  - 8 - Antrag des AstA im Ständigen Ausschuß I (Lust-A)
  - 9 - Zusammenstellung der Streichungen. (Vorlage Landes-AstA-Konferenz)
  - 11 - GEW-Positionspapier.
  - 12 - Info der FH Wiesbaden zur Hochschulfinanzierung
  - 13 - Artikel FR 17/10/80
  - 14 - Aufstellung der Kürzungen im HiWi-Bereich nach dem Haushaltsentwurf (ohne FH's)
  - 15 - Vorlage für Kulturausschußsitzung
  - 17 - Kurzprotokoll der LAK von 4/11/80
  - 19 - dpa-Bericht vom 3/Nov/80

---

Weitere Infos (z.B. Kurzfassung des Haushalts bei Michael im AstA)

### Hochschulen vor dem finanziellen Ruin?

"Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Kluft zwischen der demokratischen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit besonders deutlich wird." (Vorwort zu den "Forderungen des DGB zur Bildungspolitik").

Und diese Kluft wird jetzt noch größer werden!

Nach dem Entwurf des Haushaltsplans der hessischen Landesregierung sollen im Kultusetat 74 Mill. DM eingespart werden. Insgesamt beschloß das Kabinett Streichung in Höhe von 170 Mill. DM. Das heißt, daß die Hauptlast auf den Bereich des Bildungswesens abgewälzt wird. Diese Streichungen werden also dem grundlegenden Teil unserer Gesellschaft zugemutet, denn die Bildungspolitik hängt mit allen Bereichen unserer Gesellschaft zusammen. Aber um die Auswirkungen speziell auf die Hochschulen in voller "Schönheit" überblicken zu können noch ein paar Fakten:

#### Streichungen im Hochschulbereich

Insgesamt werden die Hochschulen um 21,7 Mill. DM geschröpft. Das heißt, daß 1981 rund ein Drittel weniger Geld zur Verfügung stehen wird. Durch eine solche Politik wird die Kontinuität von Forschung, Lehre und Studium massiv infrage gestellt. Jeder auch noch so zaghafte Ansatz von Studienreform dürfte, sollte dieser Haushaltsansatz verwirklicht werden, dann in den Wind geschrieben werden.

Aber nun zu den prägnanten Streichungen:

- Den dicksten Hammer stellt die Reduktion des Titels "Wissenschaftl. Hilfskräfte und Tutoren" um 8 Mill. DM (30 % des bisherigen Ansatzes) dar. Das heißt im Klartext, daß es keine Übungen im alten Sinn, sondern nur noch (vielleicht) Hörsaalübungen. Das heißt, daß die Betreuung in den Praktika personell noch schlechter sein wird als das bisher schon der Fall war, und das heißt, daß viele HiWis in eine katastrophale finanzielle Lage gebracht werden, weil viele Studenten Teile ihres Studiums durch diese HiWi-Jobs finanzieren (finanzielle Belastung war die hier, die auf Basis der jeweiligen Situation → mit dem Ansehen sozialer Dienste)
- Im Bereich des Studentenwohnheimbaus werden 3 Mill. DM gestrichen und das angesichts der unerträglichen Wohnungsnot, die wir momentan in Darmstadt besonders stark spüren. Die Versprechungen des Studentenwerks, den Neubau von Wohnheimen voran zu treiben, dürften somit zu einer leeren Hülse geworden sein. Somit wird die elementarste Grundlage für ein sinnvolles Studium, nämlich zu Wohnen, geraubt und die soziale Auslese auf mittelbarem Weg verschärf.

- Quasi auf 0 wurde der Posten " Ersatzbeschaffung EDV-Geräte" gefahren
- Höchstwahrscheinlich wird der Essenzuschuß um rund 1 Mill. DM geschrumpft, was heißt, daß in Hessen jedes Mensaessen -,10 DM teurer werden wird.
- Erhebliche Streichungen sind auch im Bereich der Forschung zu verzeichnen. Man versucht nämlich im Personalhaushalt eine drastische Stellenbewirtschaftung in dem Sinn zu bewerkstelligen, daß jede freiwerdende Stelle für 3 Monate gesperrt ist: 10 % davon bleiben auf Dauer gesperrt, weitere 30 % können nur mit Zustimmung des Kultusministers wieder besetzt werden.

### Was heißt das weiter?

Wir müssen uns bewußt sein, daß diese Mittelkürzung auch weitere Auswirkungen hat. Neben dem totalen Zusammenbruch des Übungsbetriebes gerade in den ersten Semester, dürften wohl auch Studienordnungen darunter leiden. Denen, die Reformbestrebungen (die immer in der Umsetzung Geld kosten) bisher negativ gegenüber standen, wird nun die entsprechende Argumentation geliefert - es ist ja keine Geld da! Dieser Haushaltsentwurf bedeutet aber nicht nur den ersten Schritt auf dem Weg des Zusammenbruchs der Studienreform, sondern er wird, können wir ihn nicht verhindern, die Selektionsmechanismen an der Hochschule verstärken und genau die Elitehochschule schaffen, gegen die wir uns zur Wehr setzen.

### Perspektiven

Die ersten Reaktionen auf die Streichungen im Kultusetat waren heftig. Wir dürfen uns in Anbetracht des Ernstes der Lage nicht im gegenseitigen Konkurrenzkampf zwischen den Hochschulen, Gruppen an der Hochschule und Fachbereichen verzehren. Die Streichungen treffen alle und setzen am empfindlichsten Punkt der Gesellschaft an, der Bildung.

Es muß Konsens zwischen den Hochschulangehörigen hergestellt werden, um gemeinsames Handeln möglich zu machen.

V.i.S.d.P. AStA der THD

dpa-Dienst für Kulturpolitik 20/10/80

Ein Mindesthaushaltsvolumen von 4,3 Millionen Mark für die Technische Hochschule Darmstadt (THD) hat für 1981 ihr Präsident Helmut Böhme von der Landesregierung gefordert. Unter Hinweis auf die drohenden Mittelkürzungen beklagte Böhme am 14. Oktober vor Journalisten, daß die THD von solchen Sparmaßnahmen am härtesten betroffen und beeinträchtigt wäre. So sei für die THD nur ein Haushalt von 2,9 Millionen Mark vorgesehen. Erstmals seit 1972 - so der Präsident - würde der Haushalt mit eingesparten 1,3 Millionen Mark um 30 Prozent zusammengestrichen. Bisher war der Haushalt um jährlich fünf Prozent angehoben worden. Der TH-Haushalt für 1980 betrug 4,1 Millionen Mark. Angesichts steigender Studentenzahlen, mangelhafter personeller Ausstattung in Teuerungszeiten sind für Böhme drastische Einschränkungen im Studienangebot unvermeidbar. Böhme sagte "einen scharfen internen Numerus Clausus" und längere Studienzeiten für die THD voraus, falls der Haushaltsentwurf Wirklichkeit würde.

## AUSTROCKNUNG DER HOCHSCHULEN

"Wir wissen, daß die Situation an den Hochschulen vor allem auf Grund der ungewissen Zukunftsperspektiven der Studierenden und zunehmender Belastung infolge steigender Studentenzahlen schwierig ist. Wir appellieren jedoch an die Vernunft und Einsicht von Studierenden und Lehrenden, die Gesamtzusammenhänge zu sehen. Wir tun alles in unseren Kräften Stehende, um die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen zu sichern..."

...Ziel unserer Bildungspolitik ist ein Bildungswesen, das den jungen Menschen die Chance gibt, ihre Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten zu entfalten, damit sie ihr persönliches, berufliches und soziales Leben selbstverantwortlich gestalten zu können...

... Jede dritte Mark, die das Land ausgibt, geht in den Bildungsbereich. Dies zu erhalten, ist eine große Leistung - es stetig zu verbessern, eine bleibende Aufgabe.

...Um auch für die geburtenstarken Jahrgänge das Recht auf freien Wahl des Ausbildungsplatzes zu verwirklichen, wird sich die SPD wie bisher dafür einsetzen, daß die Zahl der Ausbildungsplätze im privaten und öffentlichen Bereich erhöht wird, daß auf allen Ebenen des Bildungssystems die Ausbildungskapazitäten erweitert werden."

### Regierungsprogramm!

Man soll es nicht meinen, aber diese markigen Sprüche sind im Regierungsprogramm der hessischen SPD zu finden! Diese SPD stellt den Finanzminister.

Er und das Kabinett haben unter anderem den Bildungsetat um 30% zusammengestrichen. Dieser Etat wurde damit überproportional getroffen.

Trotz steigender Studentenzahlen hielt sich bereits in den letzten Jahren der Bildungsetat nicht an die Erfordernisse einer vernünftigen Ausbildung, sondern deckte gerade die Inflation ab.

Aber in diesem Jahr werden zum ersten Mal **S t r e i c h u n g e n** vorgenommen, die die Hochschulen an ihren empfindlichsten Stellen treffen:

- 30%ige Streichung beim Titel „wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren“

- Stellensperrungen: 3 Monate bleibt jede freiwerdende Stelle gesperrt, 10% davon auf Dauer!

Weiterhin werden 3 Mio DM (=25%) beim Wohnheimbau gestrichen und der Zuschuß zum Mensaessen gekürzt. Auch die Forschungsmittel und EDV-Anschaffungen sind betroffen.

Außerhalb der Hochschulen sind die gravierendsten Beschlüsse: Streichung von 100 Lehrstellen, was in Anbetracht der ständig wachsenden Lehrkräftelosigkeit und immer noch zu großen Klassen weitere soziale Härten schafft. Streichung der Schülerbeförderungskosten, wodurch finanziell benachteiligte Familien wieder einmal auszubaden haben, wofür sie nichts können.

Die genannten Streichungen sind natürlich nur ein Ausschnitt.

Die politische Zielrichtung ist klar: Umfassenden Einkommensumverteilungen zu Gunsten der in der Regierungserklärung genannten Ziele werden nicht in Angriff genommen. Stattdessen werden im Bereich

Soziales und Bildung die berühmten Investitionen in die Zukunft vernachlässigt.

Die hessische Landesregierung muß gezwungen werden, ihre skrupellose Finanzpolitik zu revidieren.

Wie wir gesehen haben, treffen die geplanten Kürzungen an den Hochschulen insbesondere die Lehre:

Der für die Übungen und Praktika vorgesehene HiWi-Titel wurde von 4,1 auf 2,9 Mill. DM gestrichen. Was das für jeden von uns bedeutet, für jeden Fachbereich, kann man sich ausmalen: die letzten Kleingruppen, Tutorien und AGs werden von der Bildfläche verschwinden und den verbleibenden HiWis wird ein Mehrfaches an Arbeit aufgelastet.

Auch die Kürzungen in Forschung und EDV treffen letztendlich unsere Ausbildung: warten auf Rechnerzeit, Verzögerung im Bereich experimenteller Diplomarbeiten.

Und zu guter Letzt bedeuten die Streichungen bei den Studentenwerken (Wohnheime und Mensaessen), daß sich unsere soziale Lage weiter verschlechtert. Über die Wohnungsnot in Darmstadt brauchen wir sicher kein Wort mehr verlieren.

Auf diesen Haushalt gehört ein grober Keil!!!

Der AstA hat daher einen Musterantrag ausgearbeitet, der als Vorschlag für hochschulweite Aktionen gemeint ist. Als Kernpunkt sieht er vor, den bisherigen schönen Reden Taten folgen zu lassen:

Die Hochschule soll für eine Woche total dicht gemacht werden. In dieser Woche sollen dann in Koordination mit den anderen hessischen Hochschulen überall Demonstrationen stattfinden, für den Wiesbadennahbereich (Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden) bietet sich eine zentrale Demonstration in Wiesbaden unter Beteiligung aller Hochschulangehörigen an.

Waren es bisher immer die Studenten, die sich in einzelnen und landes- bzw. bundesweiten Aktionen gegen eine Bildungspolitik zur Wehr gesetzt ha-

ben, die schlechtere Ausbildungsbedingungen installiert und die Hochschulen vermehrt staatlichem Einfluß preisgibt, so müssen jetzt alle Hochschulangehörigen gemeinsam, diesen Angriff auf die Ausbildung der Studenten und die Ausstattung der Hochschule zurückschlagen.

Eines ist sicher:

Wenn sich der hessischen Landesregierung an den Hochschulen ein Bild der Ungeschlossenheit bietet, wenn die Diadochen-Kämpfe ausbrechen um das verbleibende Trinkgeld, wenn die etablierten Hochschulen auf die Gesamthochschule Kassel schimpfen, dann ist mit einer Rücknahme der Kürzungen nicht zu rechnen. Dann wäre die Rechnung der Rotstiftler aufgegangen.

Der oben erwähnte Antrag des AstA wird zum 1. Mal in der Sitzung des Ständigen Ausschusses I am 5.11. um 9.15 h im neuen Verwaltungsgebäude (im neuen Senatsaal, 7. Stock) eingebracht werden.

Es wäre sicher gut, wenn viele Studenten und sonstigen Mitglieder dieser Hochschule anwesend sind, um diesen Antrag zu unterstützen, den wir weiter unten abgedruckt haben.

Ein Beschluß des Ständigen Ausschusses I zu dieser Sache tut es nicht allein. Die Fachbereichsräte, der Konvent müssen diesen Antrag sinngemäß unterstützen.

Und auf studentischen Vollversammlungen an den Fachbereichen und auf TH Gesamtvollversammlungen müssen die Vorbereitungen getroffen werden zur Durchführung der vorgeschlagenen Streik- und Boykottmaßnahmen.

Auf jedenfall ist äußerste Eile geboten!! Der AstA fordert daher alle Kommilitonen auf:

Organisiert VVs so schnell wie möglich, damit frühzeitig zu überblicken ist, wie weit mit einem geschlossenen Vorgehen zu rechnen ist. Sammelt Unterstützung

in den Fachbereichen bei den anderen Gruppen (Professoren, wiss. Mitarbeiter und sonstige Mitarbeiter) für die Forderungen und Maßnahmen.

Der ganze Aufwand lohnt sich nämlich nur, wenn ein geschlossenes Vorgehen der Hochschule und der Hochschulen zu erreichen ist.

#### Musterantrag

Der..... möge beschließen:

Das hessische Kabinett hat für den Landesetatentwurf 1981 Einsparungen in Höhe von 170 Mio DM vorgesehen. Ein wesentlicher Teil, nämlich etwa 74 Mio DM, sollen zu Lasten des Kultusetats gehen. 21,7 Mio DM dieser Kürzungen fallen in den Bereich der Hochschulen.

Der Titel "Wissenschaftl. Hilfskräfte und Tutoren" soll allein um 8 Mio DM gekürzt werden. Für die TH allein bedeutet dies ein Rückgang von 4,1 Mio DM auf 2,1 Mio DM in diesem Bereich.

Der..... fordert die Landesregierung auf, diese Entscheidungen rückgängig zu machen, weil eine Realisierung dieses Haushaltsentwurfes den Bankrott hessischer Hochschulpolitik darstellen würde. Noch weniger als vorher wären damit die Minimalforderungen für die Aufrechterhaltung von Forschung und Lehre gegeben.

Der ..... fordert insbesondere:

- Erhaltung der Mittel für wiss. Hilfskräfte und Tutoren in Höhe von 25 Mio DM
- Keine Kürzung der Mittel für Forschungsförderung
- Erhalt der Mittel für EDV-Anlagen
- Erhalt der Mittel für den Wohnheimbau
- Bezuschußung der Mensen in der vorgesehenen Höhe.

Der ..... fordert den Präsidenten der Technischen Hochschule auf, so es bei den geplanten Mittelkürzungen bleibt, für die Zeit einer Woche den Hochschulbetrieb einzustellen, um so der Landesregierung die Konsequenzen der Einsparungen deutlich zu machen.

#### Begründung

Wie in dem Antrag bereits ausgeführt, werden die geplanten Kürzungen empfindliche Auswirkungen auf Forschung und Lehre haben.

- Der Titel "Wiss. Hilfskräfte und Tutoren" soll um 8 Mio DM (= 30% des bisherigen Ansatzes) reduziert werden. An der Technischen Hochschule Darmstadt mit vielen Übungen und Praktika ist dann ein sinnvolles Lernen nicht mehr möglich.

Die an die Hochschulen herangetragene Forderung der Politiker kürzere Studienzeiten zu ermöglichen und eine sinnvolle Studienreform zu betreiben, erweist sich angesichts dieser Politik als schlechter Witz auf Kosten der Hochschulen.

- Ein von Bonn zugesagter 1,2-Mio-DM-Zuschuß für EDV-Investitionen würde verfallen, weil er die Grundfinanzierung durch das Land voraussetzt.

- Für den Titel "Forschungsförderung" ist in Hessen eine Minderung von 2,25 Mio DM vorgesehen, wichtige Vorhaben werden dadurch gefährdet.

- Für Studentenwohnheime sollen 3 Mio DM weniger ausgegeben werden. Angesichts der Wohnungsnot in Darmstadt und auch in anderen Universitätsstädten wird die elementarste Grundlage für ein sinnvolles Studieren, nämlich ein angemessenes Wohnen zerstört.

- Die personelle Austrocknung der Hochschulen geht weiter und das trotz steigender Studentenzahlen, denn neben diesen Etatkürzungen ist im Personalhaushalt eine drastische Stellenbewirtschaftung derart vorgesehen, daß jede freiwerdende Stelle für drei Monate gesperrt ist. 10 % davon bleiben auf Dauer gesperrt, weitere 30% können nur mit Zustimmung des Kultusministers wieder besetzt werden.

# ASTA INFO

Nr. 79

Studentenschaft der THD 5/11/80

## zur Hochschulfinanzierung!

- Neueste Entwicklungen
- Bericht von der Landes-AStA-Konferenz
- Beschluß im Lehr- und Studiausschuß

Wenn Bildungspolitik nicht zu einer Farce werden soll, darf der Haushaltsentwurf nicht in 2. und 3. Lesung verabschiedet werden. Morgen, am Donnerstag, den 6.11.1980 wird die 2. Lesung des Haushaltes über die Bühnen des Landtages in Wiesbaden gehen. Welche gravierenden Streichungen hauptsächlich uns Studenten betreffen, wurde bereits in den AStA-Flugblätter Nr. 75 und 78 ausgeführt. Hier noch einmal die Streichungen nach den Ergebnissen der Klausurberatung der SPD/FDP.

- Im Bereich der wissenschaftl. Hilfskräfte und Tutoren werden nicht mehr 8 Mio DM sondern "nur" noch 5,3 Mio DM gestrichen. Dies bedeutet nach wie vor, daß der Übungsbetrieb an der Technischen Hochschule nicht in dem Maße durchgeführt werden kann, wie das bisher der Fall war. Stellen wir uns die Situation am Fachbereich Mathematik vor, der mit einer intensiven Übungsbetreuung steht und fällt und der, nicht zu vergessen für einen Großteil anderer Fachbereiche auch Vorlesungen und Übungen anbietet (E-Technik, Mach.-Bau, Chemie, Biol. ..) Am Fachbereich 4 sind momentan ca. 100 HiWis angestellt. (Etwa die Hälfte der Studenten im Hauptstudium) Bei einer momentanen Gruppengröße von 30 Studenten dürfte auch nach der nun vorgesehenen Streichung, würden sie linear geschehen, dann 40 bis 50 Studenten in einer Übung sitzen. Wer schon einmal in einer Übung war, kann sich denken, wie sich die Lernbedingungen verschlechtern würden. Die Folge wären "Hörsaalübung", in denen die Aufgaben nur noch vorgerechnet würden, aber keine aktive Beteiligung mehr möglich sein dürfte.
- Im Bereich der Forschungsförderung wurden im Rahmen der Klausurberatung auch Zugeständnisse gemacht, die jetzt "nur" noch Streichungen von 1,2 Mio. DM vorsehen.
- Unverändert bleiben die Streichungen im Bereich des Wohnheimbaus (3 Mio. DM), des Essenzuschusses (1,1 Mio DM) und der Ersatzbeschaffung von EDV-Geräten in Höhe von 9,85 Mio DM
- Weiterhin soll jede freiwerdende Stelle ab 1981 für die Dauer von 6 Monaten eingefroren werden. Danach wird eine Neubesetzung von 60 % der Stellen erfolgen, weitere 30 % der Stellen werden nur wieder neubesetzt mit Zustimmung des Kultusministeriums. Das bedeutet letztlich eine Schrumpfung von 10 % für das Jahr 1981. Für 1982 ist ein ähnliches Verfahren geplant, mit dem Unterschied, daß dann 15 % der freiwerdenden Stellen endgültig gesperrt werden.

Die Streichungen im Bereich des Bildungssektors dürfen nicht losgelöst von der allgemeinen Haushaltsplanung gesehen werden, sondern sind Ergebnis einer falschen Prioritätensetzung. So wurden im Nachtragshaushalt der Bundesregierung 600 Mio DM Militärhilfe an die Türkei genehmigt, in dem Bewußtsein, daß durch diese Maßnahme den Ländern weniger Geld zur Verfügung stehen wird. In Hessen wird zur Zeit ein 3. Regierungsbezirk aufgebaut, der ein Mehr an Verwaltungskosten nach sich ziehen wird. Die Streichungen im hessischen Haushaltsentwurf sind in diesem Zusammenhang wie ein Schlag ins Gesicht aufzufassen.

### Der Protest gerät ins Rollen

Auf der gestrigen Landes-ASten-Konferenz in Gießen wurde die Misere der Hochschulfinanzierung breit diskutiert. An verschiedenen Hochschulen sind Aktionen und Demonstrationen gegen die Hochschulfinanzierung geplant. In Gießen werden in der nächsten Woche Aktionstage verbunden mit einem Veranstaltungsboykott durchgeführt.

An der FH-Wiesbaden und an der FH-Fulda sind Urabstimmungen über Streik bzw. Aktionstage geplant. Die Landes-ASten-Konferenz hat beschlossen, am 2. Dez. gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu einer hessenweiten Demonstration in Wiesbaden aufzurufen. Am heutigen Mittwoch protestierte der Ständige Ausschuß I der Technischen Hochschule Darmstadt entschieden gegen die Kürzungen im Hochschulbereich. Der Ständige Ausschuß I fordert den Konvent auf, über weitere, schärfere Maßnahmen zu diskutieren und zu beschließen.

Weiterhin wurde der Präsident der Technischen Hochschule aufgefordert, die Auswirkungen der geplanten Streichungen auf Lehre und Forschung in der Öffentlichkeit darzustellen.

### Kommilitonen!

Die Austrocknung der Hochschule wird ein Studium im Sinne einer fortschrittlichen Studienreform unmöglich machen. Wir müssen uns für bessere Studienbedingungen einsetzen. Schnelles Handeln tut not, denn die 3. Lesung des hessischen Haushaltes findet bereits am 10. Dezember statt. (Die bisher nicht gekannte Eile bei der Verabschiedung eines Haushaltes zeigt, daß die hessische Landesregierung unpopuläre Maßnahmen möglichst schnell vor den nächsten Kommunalwahlen über die Bühne bringen will)

Der AStA schlägt folgende weitere Maßnahmen vor:

- 1.: Beratung von Fachschaftsaktivitäten auf dem nächsten Fachschafftenplenum am 6.11.80 um 16.00 h im Raum 12/36. (Auf diesem Plenum wird ein Vertreter der Hochschulverwaltung über die Hochschulfinanzierung berichten!)
- 2.: Durchführung von Fachbereichsvollversammlungen an allen Fachbereichen, um über die Situation zu informieren und weitere Maßnahmen zu beschließen.
- 3.: Durchführung einer Gesamt-Vollversammlung der THD in der 2. oder 3. November-Woche, um TH-weite Veranstaltungen und Aktionen zu beschließen.

Der AStA fordert alle Studenten auf, sich aktiv an dem Diskussionsprozeß zu beteiligen, denn nur eine breite Bewegung an der Hochschule kann eine Bewegung des Haushalts 1981 bewirken.

Der St.A. möge beschließen:

Der Ständige Ausschuss I der Technischen Hochschule Darmstadt fordert die hessische Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen im Etat der Hochschulen zurückzunehmen.

In einer Realisierung dieser Kürzungen sieht der Ständige Ausschuss den Bankrott der hessischen Hochschulpolitik.

Noch weniger als vorher wären damit die Minimalforderungen für die Aufrechterhaltung von Forschung und Lehre gegeben.

Der Ständige Ausschuss fordert insbesondere :

- Erhaltung der Mittel für wissen. Hilfskräfte und Tutoren in Höhe von 25 Mio DM
- Keine Kürzung der Mittel für Forschungsförderung

- Erhalt der Mittel für EDV-Anlagen
- Erhalt der Mittel für den Wohnheimbau
- Bezuschußung der Mensen in der vorgesehenen Höhe.

Der Ständige Ausschuss fordert den Präsidenten der Technischen Hochschule auf, so es bei den geplanten Kürzungen bleibt bzw. unzureichende Zusagen der Landesregierung gemacht werden, für die Zeit einer Woche den gesamten Hochschulbetrieb einzustellen, um so der Landesregierung die Konsequenzen der von ihr geplanten Einsparungen deutlich zu machen.

Begründung :

Das hessische Kabinett hat für den Landesetatentwurf 1981 Einsparungen in Höhe von 170 Mio DM vorgesehen. Ein wesentlicher Teil, nämlich etwa 74 Mio DM, sollen zu Lasten des Kultusetats gehen. 21,7 Mio DM dieser Kürzungen fallen in den Bereich der Hochschulen.

Wie in dem Antrag bereits ausgeführt, werden die geplanten Kürzungen empfindliche Auswirkungen auf Forschung und Lehre haben.

Der Titel "Wissenschaftl. Hilfskräfte und Tutoren" soll allein um 8 Mio DM gekürzt werden. Für die TH allein bedeutet dies ein Rückgang von 4,1 Mio DM auf 2,1 Mio DM in diesem Bereich.

An der Technischen Hochschule Darmstadt mit vielen Übungen und Praktika ist dann ein sinnvolles Lernen nicht mehr möglich.

Die an die Hochschulen herangetragene Forderung der Politiker kürzere Studienzeiten zu ermöglichen und eine sinnvolle Studienreform zu betreiben, erweist sich angesichts dieser Politik als schlechter Witz auf Kosten der Hochschulen.

- Ein von Bonn zugesagter 1,2-Mio-DM-Zuschuß für EDV-Investitionen würde verfallen, weil er die Grundfinanzierung durch das Land voraussetzt.

- Für den Titel "Forschungsförderung" ist in Hessen eine Minderung von 2,25 Mio DM vorgesehen, wichtige Vorhaben werden dadurch gefährdet.

- Für Studentenwohnheime sollen 3 Mio DM weniger ausgegeben werden. Angesichts der Wohnungsnot in Darmstadt und auch in anderen Universitätsstädten wird die elementarste Grundlage für ein sinnvolles Studieren, nämlich ein angemessenes Wohnen zerstört.

- Die personelle Anstrocknung der Hochschulen geht weiter und das trotz steigender Studentenzahlen, denn neben diesen Etatkürzungen ist im Personalhaushalt eine drastische Stellenbewirtschaftung derart vorgesehen, daß jede freiwerdende Stelle für drei Monate gesperrt ist. 10 % davon bleiben auf Dauer gesperrt, weitere 30% können nur mit Zustimmung des Kultusministers wieder besetzt werden.

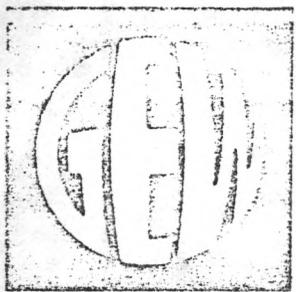
## 2. Kürzungen einzelner Haushaltsansätze (unvollständig)

	geplante Streichung	Ergebnis Klausur- beratung SPD/F.D.P.	wertberührende plante Streichung
wiss. Hilfskräfte + Tutoren	- 8 Millionen DM	+ 2.700.000,- *	- 5.300.000,-
Forschungsförderung	- 2,5 Millionen DM	+ 1.300.000,- *	- 1.200.000,-
Studentenwohn- heimbau	- 3 Millionen DM	± 0	- 3 Millionen DM
Erstauschuss für Studenten	- 1.082.000 DM	± 0	- 1.082.000 DM
Ersatzbedarf EDV- Geräte	- 9,5 Millionen	± 0	- 9,5 Millionen DM

\*) Klausur-  
beratung mit  
F.D.P. und  
SPD zusammen  
gefasst.

Haushaltsplanung 1981 des Landes Hessen für den Hochschulbereich.  
(Stand 23.10.1980, nach den Klausurberatungen des Landtagsfraktionen.)

1. Gesetzliche Stellenbesetzungssperre jedes freien bzw. freiwerdenden Stelle ab 1981 geplant: Dauer  $\frac{1}{2}$  Jahr. Danach: Wiederbesetzung = von 60% des freien Stellen; weitere 30% des freien Stellen nur wiederbesetzt mit Zustimmung des Finanzministers; 10% des Stellen bleiben endgültig gesperrt. 1982: gleiches Verfahren; jedoch bleiben 15% des freien Stellen endgültig gesperrt. Die Stellen = Besetzungssperre ist nicht einmalig, sondern Teil des mittleren fristigen Finanzplanung des Landes, die am 8.10.1980 zusammen mit dem Haushalt 1981 dem Landtag vorgelegt wurde. Hessen leitet aktiv die Schrumpfung des Hochschulbereichs ein.



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**

Landesverband Hessen

## **Gemeinsam gegen die Rotstiftpolitik der Hessischen Landesregierung**

### **Keine Sparpolitik in Schulen und Hochschulen**

Die Hessische Landesregierung will weniger Geld für Bildung ausgeben.

Der Entwurf für den Landeshaushalt sieht umfangreiche Kürzungen für Schule und Hochschule vor!

#### **Bildung ist nicht nachholbar, noch liegt vieles im argen:**

- Stundentafeln werden gekürzt
- Fördermaßnahmen sind unzureichend
- Klassen und Kurse sind zu groß
- Schulen haben zu wenig Lehrer
- kleinen Schulen droht die Schließung
- ausländische Kinder werden nicht gefördert und integriert
- Unterricht entfällt bei Krankheit und Mutterschaft ohne Ersatz
- Lehrer sind überlastet

Zum erstenmal gibt es die Chance, diese Mängel zu beseitigen. Die Landesregierung nimmt jedoch rückläufige Schülerzahlen zum Anlaß, den Schulen Lehrer zu nehmen.

**Das bedeutet:** Der Mangel aus der Vergangenheit soll fortgesetzt werden.

Wenn Sie aber wollen, daß

- Ihr Grundschulkind seinen Lehrer behält
- auch weiterhin Grund- und Hauptschullehrer eingestellt werden
- Ihr Kind ein wohnortnahes Schulangebot hat
- nicht mehr als 25 Kinder in der Klasse sind
- lernschwächeren Schülern geholfen wird
- ausländische Kinder nicht im Ghetto landen
- künftig weniger Unterricht ausfällt
- Lehrer unter besseren Arbeitsbedingungen zufriedener ihren Beruf ausüben,

dann müssen sich Lehrer, Eltern und Schüler sofort zusammenschließen, um in gemeinsamen Aktionen die beabsichtigte **Rotstiftpolitik** der Hessischen Landesregierung zu verhindern.

**Die GEW informiert ausführlicher durch eine Elternzeitung.**

**Die GEW lädt zu örtlichen Versammlungen ein.**

Führen Sie auch in Ihrer Schule gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern Veranstaltungen durch • Richten Sie Ihren Protest direkt an Ihre örtlichen Landtagsabgeordneten und an den Schulträger • Erteilen Sie den bildungsfeindlichen Plänen der SPD/FDP-Koalitionsregierung eine klare Absage.

**Gemeinsam gegen die Rotstiftpolitik der Hessischen Landesregierung**

Herr: 1. Sozialpolitik des heussischen Kultusministeriums

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Konfliktfraktionen zur Entwicklung des Hochschulbereichs widerlegt zum Teil die Vorurteile über die angebliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Sie verweist auf eine gesamtstaatliche Leistung, auf die die Bildungspolitik nicht sein können... Mit der Ausweitung der Hochschulen sei ihre Ausstattung mit Personal, Gebäuden und Geräten erheblich verbessert worden. (aus Informationen Bildungswissenschaft 9/80 S. 161)

Stolz kann Herr Schmidt wohl höchstens auf seine Dreierzeitigkeit sein, denn wenn man die Statistiken betrachtet, die aus seinem eigenen Ministerium veröffentlicht worden sind, so kann man aus ihnen nur das Genaue Gegenteil entnehmen:

- Die Überlastquote der Hochschulen liegt im Bundesdurchschnitt bei 30%, an einigen Hochschulen bis zu 100%
- Die wissenschaftlichen Stellen stagnieren seit 1975, d.h. 1980 betragt die gleiche Anzahl Hochschullehrer 180 000 Studenten mehr als 1975. Das Betreuungsverhältnis wiss. Stellen/Studenten hat sich in den letzten 5 Jahren um 32% verschlechtert.
- Die Steigerungsrate der Hochschullausgaben liegt seit 1975 unterhalb der Inflationsrate, d.h. eine relative Senkung der Hochschullausgaben.

Diese ohnehin schon desolate Situation an den Hochschulen soll nun unmittelbar nach der Bundstagswahl durch massive Kürzungen im Hochschulbereich noch dramatischer verschlechtert werden!

Der Etatentwurf des Landes Hessen sieht Streichungen im gesamten Haushalt von rund 170 Mill. DM vor. Diese Streichungen gehen im wesentlichen zu Lasten des Kultusbereichs, nämlich 74 Mill. DM. Auf den Hochschulbereich kommen Mittelkürzungen in Höhe von 21,7 Mill. DM zu III Konkret bedeuten diese Zahlen:

- Streichung von 8.000.000 DM bei wiss. Hilfskräften und Tutorien
- 6,6 Mill. DM bei Ersatzbeschaffung von EDV-Garanten
- 3 Mio DM beim Wohnneubau
- 2,5 Mio DM bei der Forschungsförderung
- 1,08 Mio DM beim Essenznachschub
- 2 Mio DM bei Reparaturen

Darüber hinaus ist vorgesehen, die automatische Stellenperre, die immer dann eintritt, wenn eine Planstelle frei wird von 3 auf 6 Monate auszuweiten. Das bedeutet, das freierwerdende Stellen für 6 Monaten nicht besetzt werden!

Vernehmbar kommt ein für den öffentlichen Dienst vorgesehener Einstellungsstopp von 6 Monaten hinzu. Für 1981 ist eine generelle Streichung von 10% der Stellen an Hochschulen vorgesehen, 30% dürfen nur mit Genehmigung des Kumi besetzt werden und nur noch 60% der Stellen können von der Hochschule direkt besetzt werden.

Fahrtscheinlich steht uns noch eine um bis zu 200% erhöhte Studiengebühr, ganz sicher aber steigende Fahrpreise und eine Wohnungsnotsituation, die sich angesichts der vorgesehenen Streichungen auch im sozialen Wohnungsbau noch verschlechtern wird, ins Haus

Letztendlich

Wir wollen uns wehren gegen eine Politik, die sich noch nicht einmal mehr den Anschein gibt, als würde sie sich an den Bedürfnissen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung in unserem Land orientieren.

Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen muß endlich so erweitert werden, das ein sinnvolles und qualifizierendes Studium möglich wird.

Wir wollen keine "entzerrten Studlängänge", keine Massenveranstaltungen, die wissenschaftliche Arbeit unmöglich machen.

Wir fordern, das die Beförderungen so den allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden, das Studenten nicht gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, anstatt sinnvoll studieren zu können.

Wir fordern ausreichenden Wohnraum für Studenten zu annehmbaren Preisen. Wohnen bedeutet nicht nur, ein Dach über dem Kopf zu haben es kommt auch darauf an, sich in einer Wohnung wohl fühlen zu können.

Darum fordern wir auch auf, über massive Aktionen gegen diese Streichungspolitik des Kumi zu beraten und in Koordination mit den heussischen Hochschulen auf breiter Front klar zu machen, das wir gegen diese Maßnahmen kämpfen werden!

Wir wehren uns gegen weitere Angriffe auf die Autonomie der Hochschulen, die durch Berufungspraxis, neue Prüfungsordnungen und den skandalösen Fall der Nichtberufung des gewählten Präsidenten der Gesamthochschule Kassel, Michael Daxner, deutlich werden.

Der Hochschulreformierung auf breiter Basis müssen wir uns mit Entschlossenheit entgegenstellen.

Der ASTA der Fachhochschule Wiesbaden fordert die ASTen der heussischen Hochschulen auf, sich insbesondere an einer landesweiten Demonstration am 27.11.1980 in Wiesbaden zu beteiligen!

*V.i.S.t.P. Norbert Charles ASTA der FHW  
Mainstr. 75, 6200 Wiesbaden*

# „Kein Änderungsantrag, nichts geht mehr“

Spektakulärer Schritt der CDU / Landtagsfraktionen diskutierten den Landesetat 1981

Von unserem Korrespondenten Detlev Kiekheben-Schmidt

WIESBADEN. Den Willen zum Sparen haben alle Parteien im Hessischen Landtag. Jedoch sind sie unterschiedlicher Auffassung über die Auswirkungen des Landeshaushalts 1981 auf die Bürger. Während die Koalitionsfraktionen SPD und FDP in dem von der Landesregierung vorgelegten Sparhaushaltentwurf die Möglichkeit sehen, durch Umschichtungen von Geldern doch noch einen finanziellen Spielraum zu schaffen, der es ermöglicht, wichtige Ziele der Koalitionsvereinbarung etwa im Wohnungs- und Städtebau, im Umweltschutz und hinsichtlich ener-

giesparender Maßnahmen zu verwirklichen, ist die oppositionelle CDU der Ansicht, daß die Landesregierung mit dem zur Verfügung gestellten Geld ihre Politik nicht fortsetzen könne und trotz einschneidender Kürzungen, insbesondere bei den Investitionen, noch zusätzliche Schulden machen müsse. Alle Fraktionen verzichten im übrigen in der kommenden Haushaltsdebatte auf ausgabenwirksame Anträge — für eine Oppositionspartei ein spektakuläres Verhalten, das in der Bundesrepublik sehr selten sein dürfte.

Aus ihrer mehrtägigen Klausurtagung zurückgekehrt, gaben die Landtagsfraktionen am Donnerstag vor der Presse in Wiesbaden ihre Marschrichtung bei der anstehenden Haushaltsberatung bekannt. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP, Horst Winterstein und Otto Wilke, bekräftigten in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Absicht ihrer Parteien, den Sparkurs der Landesregierung zu unterstützen.

Oppositionsführer Gottfried Milde bot den Koalitionsparteien ein gemeinsames Sparprogramm an, nachdem er der SPD/FDP-Regierung eine „total verfehlte Finanzpolitik“ vorgeworfen und sie aufgefordert hatte, „wieder zu jenen Grundsätzen zurückzukehren, wonach die Ausgaben den Einnahmen angepaßt werden müßten“.

Winterstein und Wilke anerkannten, daß an den von der Landesregierung im Haushaltsentwurf gesetzten Rahmenbedingungen — Einschätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen und Grenzen der Kreditaufnahme — nichts zu ändern sei. Um die steigenden Personalkosten in den Griff zu bekommen, verzichten die Koalitionspartner auf eine Ausweitung der Personalstellen. Sie sehen die Zahl der Stellen im laufenden Haushaltsjahr 1980 als Obergrenze auch für die nächsten beiden Jahre an.

Um dennoch den notwendigen Bewegungsspielraum zu bekommen, machten sie den Vorschlag, 15 Prozent der freierwerdenden Stellen in den nächsten bei-

den Jahren nicht wieder zu besetzen. Damit würden die im Etatentwurf neu ausgewiesenen 317 Stellen (147 davon sind zur Lehrerarbeitszeitverkürzung an den Berufsschulen vorgesehen) bis Ende 1981 voll erwirtschaftet sein.

Im übrigen verweisen die Sprecher der Koalitionsparteien darauf, daß die im Etat-Entwurf gesetzten Schwerpunkte den Vorstellungen ihrer Fraktionen entsprächen. Die Landesregierung wollen sie beauftragen, Fehlsubventionierungen, etwa durch Fehlbelegungen von Sozialwohnungen, zu überprüfen und neue Wege der Förderung des frei finanzierten Wohnungsbaus und der Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus, etwa für junge Familien, aufzuzeigen.

Hinsichtlich der Schülerbeförderung wollen SPD und FDP die Mischfinanzierung abschaffen. Alle vom Land dafür bisher zur Verfügung gestellten Mittel werden danach voll in den kommunalen Finanzausgleich eingebracht und stehen somit zur alleinigen Verfügung der Schulträger, also den Landkreisen und kreisfreien Städten. Damit ist die Schülerbeförderung sozusagen kommunalisiert.

Die Koalitionsfraktionen sehen in dieser völligen Neugestaltung, die eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes erforderlich macht, eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. SPD-Fraktionssprecher Horst Winterstein: „Wir gewähren damit den Schul-

trägern mehr Spielraum und Anreize, die Schülerbeförderung stärker unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen.“ Um die Überstellung von Mitteln zur Schülerbeförderung in den kommunalen Finanzausgleich möglich zu machen, sollen statt der im nächsten Jahr vorgesehenen hundert Millionen Mark für den Investitionsfonds für Städte und Gemeinden nur 50 Millionen zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte soll für die Schülerbeförderung eingesetzt werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Gottfried Milde und der finanzpolitische Sprecher seiner Fraktion, Dr. Christian Bartelt, räumten gegenüber der Presse ein, daß der Verzicht der Opposition auf ausgabenwirksame Anträge zum Landeshaushalt durchaus Mißverständnisse bei den zahlreichen Gruppen und Verbänden erwecken könne, die mit Recht der finanziellen Förderung durch das Land bedürften. Die Union sei jedoch überzeugt, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt dieses Schrittes bedürft habe, um die hessischen Bürger mit der „nüchternen Realität des Nichts-geht-mehr“ zu konfrontieren und jedem die Notwendigkeit einschneidender Konsequenzen vor Augen zu führen.

Milde: „Wir müssen dazu kommen, liebgewordene Vorstellungen über Bord zu werfen oder den Leuten sagen, daß sie mehr Steuern zahlen müssen.“ Mit ihrem Verzicht auf Anträge will die CDU nicht den Eindruck erwecken, daß durch kosmetische Veränderungen am Landeshaushalt noch etwas machbar sei. Indem sie auf Anträge verzichte, gebe sie der Regierung keine Gelegenheit, ihre verfehlte Finanzpolitik zu vernebeln. In der Haushaltsdebatte will die Union deutlich machen, „daß und warum nichts mehr geht“.

Um bei der angespannten Lage den finanziellen Spielraum der Städte und Gemeinden etwas zu erleichtern, fordert die CDU die Einführung einer Investitionspauschale im kommunalen Finanzausgleich. Gedacht ist dabei an zehn Mark pro Einwohner. Mit diesem Geld würden die Kommunen über freie Investitionsmittel verfügen, über deren Verwendung sie keine Rechenschaft abgeben müßten wie dies bei der direkten Bezuschussung von Projekten durch das Land der Fall sei. Darin sieht die Union weniger Bürokratie und mehr Selbständigkeit der Städte und Gemeinden. Weil die Investitionspauschale auch für die Erhaltung und Reparatur von kommunalen Einrichtungen verwendet werden könne, wäre damit gleichzeitig die Last der Folgekosten von Investitionen gemildert. Zur Finanzierung der Investitionspauschale schlägt die CDU die Kürzung der direkten Investitionshilfen des Landes vor.

## EAM kündigt an: Strompreiserhöhung

KASSEL. Eine Strompreiserhöhung um 1,9 Pfennig auf 14,4 Pfennig je Kilowattstunde vom 1. Januar 1981 an hat die Elektrizitätsaktiengesellschaft Mitteldeutschland (EAM) angekündigt. Als Grund gab EAM-Vorstandsmitglied Rolf Warncke eine Preiserhöhung von 12,5 Prozent des EAM-Hauptlieferanten, der Preußen Elektra, an. Die Preußen Elektra habe die Erhöhung mit gestiegenen Kohle- und Erdgaspreisen sowie einer Erhöhung der Lohn-, Gehalts- und Materialkosten begründet. Das Stromversorgungsunternehmen EAM mit Sitz in Kassel beliefert in Südniedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen rund 5500 Kunden mit Strom. Nach Angaben des Unternehmens hat der Stromverkauf im laufenden Jahr im EAM-Gebiet nur um rund ein Prozent zugenommen. Im Bundesdurchschnitt liege der Zuwachs sogar nur bei 0,7 Prozent. Die angekündigte Preiserhöhung müsse noch von den Wirtschaftsministerien der drei Bundesländer genehmigt werden. Ihe

Frankfurter  
Rundschau,  
17. 10. 80

-14-

HiWi-Mittelkürzung

	1981	1980
uni Ffm	4.8 Mio	6.5 Mio
FH Da	2.9 Mio	4.1 Mio
Gießen	3.1 Mio	4.4 Mio
Marburg	3.5 Mio	4.9 Mio
Kassel	1.8 Mio	2.6 Mio
	* $\Sigma$ 16.1 Mio	22.4 Mio

\* ohne FH's

Vorlage

für die Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses  
am 7. Oktober 1980

- (1) "Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Kluft zwischen der demokratischen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit besonders deutlich wird."  
(Vorwort zu den "Forderungen des DGB zur Bildungspolitik")
  
- (2) Das hessische Kabinett hat die für den Landesetatentwurf 1981 beschlossenen Streichungsaufgaben in Höhe von rund 170 Millionen DM im wesentlichen dem Kultusetat aufgebürdet. Dort sollen etwa 74 Millionen DM eingespart werden. Etwa ein Drittel davon (21,7 Mio DM) soll im Hochschulbereich aufgebracht werden:
  - Der Titel "Wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren" soll um 8 Mio DM, das sind etwa 30 % des bisherigen Ansatzes, reduziert werden;
  - Im Titel "Ersatzbeschaffung von EDV-Geräten" ist die notwendige Ausstattung der Universität Frankfurt/M. (ca. 6,6 Mio DM) mit einem zeitgemäßen Gerät gestrichen worden;
  - die Titel "Studentenwohnheimbau" erfahren eine Kürzung um 3 Mio DM;
  - für den Titel "Forschungsförderung" ist eine Minderung um 2,25 Mio DM vorgesehen.

Neben diesen Etatkürzungen ist im Personalhaushalt eine drastische Stellenbewirtschaftung derart vorgesehen, daß jede freiwerdende Stelle für drei Monate gesperrt ist. 10 % davon bleiben auf Dauer gesperrt, weitere 30 % können nur mit Zustimmung des Kultusministers wieder besetzt werden.

- (3) Der Kulturpolitische Ausschuß der SPD Hessen-StJ fordert die Landesregierung auf, diese Entscheidungen rückgängig zu machen, weil sie den Grundsätzen sozialdemokratischer Bildungs- und Hochschulpolitik zuwiderhandeln und die verbliebenen Ansätze einer "sozialen Öffnung der Hochschulen" vernichten.

Der KPA erwartet insbesondere, daß

- die Mittel für Wissenschaftliche Hilfskräfte / Tutoren in der vorgesehenen Höhe erhalten bleiben, weil diese Stellen für die traghaften Ansätze einer längst überfälligen Studienreform existentielle Voraussetzung sind;
- die Mittel für die EDV-Ausstattung gesichert bleiben, um der fortschreitenden "Verprovinzialisierung" der hessischen Hochschulen in diesen Bereichen entgegenzuwirken;
- die Mittel für die Forschungsförderung ungekürzt bleiben, weil in diesem Wissenschaftsbereich jene Innovationen unterstützt werden müssen, von denen die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung wesentlich bestimmt wird;
- die Mittel für den Bereich "Studentisches Wohnen" zumindest gleich bleiben; wer 'Schrumpfung der Hochschulen' will, soll dieses sagen und nicht durch die Verweigerung der materiellen Voraussetzungen für das Studium unsoziale Auslese auf mittelbarem Wege verschärfen.

Der KPA hält die Stellenbewirtschaftungsaufgaben für unvereinbar mit den Grundsätzen einer auch an den Interessen der betroffenen Arbeitnehmer orientierten Beschäftigungspolitik. Sie stellt die Kontinuität von Forschung, Lehre und Studium infrage.

Protokoll der Landes-ASTen-Konferenz in Gießen  
am 4.11.1980

Anwesend: Uni Ffm, Uni Gießen, FH Wiesbaden, TH Darmstadt, FH Fulda,  
Uni Marburg, Gäste: Dieter Sörte (GEW-Hessen)  
Vertreter des Landeschülerrates

Zu Beginn berichtet Karin Hagemann über die Streichungen im Landeshaushalt bezüglich des Hochschulsektors. (Zahlen sind den AStA-Flugblättern Nr. 75 und 78 zu entnehmen).

Weiterhin berichtete sie von einem Gespräch mit dem GEW in Mainz. Der GEW hat vom 1.-5.12.80 Aktionstage an den Schulen geplant. An den Schulen werden 250 Stellen gestrichen weiterhin sollen 200 2/3 BAT-Stellen (3-Jahres-Verträge) gestrichen werden. Bis 1982 sollen insgesamt im Bildungssektor 4.000 Stellen eingespart sein. Die GEW führte am 3.11. einen Fackelzug des Gewerkschaftskonkresses (ca. 1.000 Leute) durch Wiesbaden durch. Am 6.11. findet auf dem Luisenplatz in Wiesbaden eine Kundgebung gegen die geplanten Streichungen statt. Darüberhinaus wird der GEW eine Elternzeitung erstellen. Im Rahmen der geplanten Aktionswoche werden Veranstaltungen in den Kreisen durchgeführt. Am 2.12. ist ein Aktionstag an den Studienseminaren geplant.

Im Verlauf der Diskussion beschloß die Landesastenkonzferenz am 2.12, mit dem GEW zu einer hessenweiten Demonstration in Wiesbaden aufzurufen. Die anwesenden ASTen erklärten, daß sie zu dieser Demonstration mobilisieren werden. Aufruf und Plakatentwurf werden in Zusammenarbeit zwischen GEW-Geschäftsstelle und einem Gremium der LAK formuliert/gestaltet.

Von Seiten der LAK soll die Resolution folgende Schwerpunkte enthalten:

- Stellensperre
- Streichung HiWis und Tutoren
- Streichung Wohnheimbau
- Streichung Essenszuschuß

In der Resolution soll nicht nur gegen die geplante Streichung protestiert werden, sondern auch deutlich gemacht werden, daß diese Hochschulfinanzierung Ergebnis einer falschen Prioritätensetzung der Bundes- und Landtagsregierung ist (Näheres AStA-Flugblatt Nr. 79).

#### Bericht aus den Hochschulen

##### 1. Uni Frankfurt:

Nach Neuwahlen gibt es jetzt in Frankfurt einen Juso-Sponti-AStA. Die Diskussion über die Hochschulfinanzierung ist noch in der Informationsphase. Der Vertreter des AStA erklärte, daß Frankfurt nicht bereit sei, Aktionen, die von den rechten Hochschulkräften getragen werden, zu unterstützen. (Kelm's Sternmarsch nach Wiesbaden).

##### 2. Uni Gießen:

In Gießen sind für nächste Woche Aktionstage verbunden mit einem Veranstaltungsboykott vorgesehen. Während der Aktionstage finden Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussionen und eine Demo statt.

3. FH Wiesbaden:  
In einer Urabstimmung sollte über Streik beschlossen werden. An verschiedenen Fachbereichen haben Vollversammlungen stattgefunden, auf denen bereits Arbeitsgruppen konstituiert wurden.
4. TH Darmstadt:  
Bisher informierte der AStA über die Problematik. Ein Resolutionsvorschlag soll im Ständigen Ausschuß I eingebracht werden. Fachbereichsvollversammlungen und eine TH-VV sollen über weitere Maßnahmen beschließen.
5. FH Fulda:  
Eine Urabstimmung über Aktionstage wird durchgeführt.
5. Uni Marburg:  
Kam leider später. In der Diskussion entstand der Eindruck, daß in Marburg bisher noch keine Informationsarbeit geleistet wurde.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Informationspolitik an den Hochschulen anläuft. Ein massiver Protest aller hessischen Hochschulen in der Zeit zwischen der 2. und 3. Lesung ist zu erwarten.

gez. Michael

Mit "gebremster Genugtuung" begrüßte der Deutscher Lehrerverband (DL) die Verständigung in der BLK. DL-Präsident Clemens Christians erklärte am 28. Oktober in Bonn, es sei ehrlicher, die unterschiedlichen Auffassungen deutlich zu machen, als sie mit Kompromißformeln zu überdecken. Wichtigste Aufgabe der Bildungspolitik sei es nun, eine finanzielle Absicherung der weiteren Planungen zu erreichen. Es sei schon manches gewonnen, wenn es mit der Einigung der BLK gelinge, gegenüber den Finanzministern einen gemeinsamen Forderungskatalog zu vertreten. Nach Auffassung des Bundesvorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Wilhelm Ebert, werden jetzt "endlich die Grundmuster einer toleranten Bildungspolitik sichtbar". Die Einigung auf bestimmte Kompromisse einerseits und auf die einvernehmliche Beschreibung weiterhin kontroverser Positionen andererseits zeige, daß die BLK weder auf ideologischem Blockdenken noch auf einer dissonanzfreien Harmonielehre in der Bildungspolitik beharre. Ebert äußerte die Hoffnung, daß die Finanzminister die Bedarfsstellungen der BLK nun akzeptierten.

#### WENIGER MITTEL AUCH FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG

BONN - Das von Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition beabsichtigte strenge Sparprogramm zur Sanierung der Staatsfinanzen wird auch die Bereiche Bildung und Forschung treffen. Dies zeichnete sich noch vor Schluß der Koalitionsverhandlungen in der vergangenen Woche ab. Ausgehend von Sparvorschlägen Bundesfinanzministers Hans Matthöfer (SPD) und auch der FDP-Seite sind folgende Eckdaten für den Bundeshaushalt 1981 festgelegt: Der Etat wird um nicht mehr als 4,1 Prozent erhöht. Die Kreditaufnahme soll unter 27 Milliarden Mark liegen.

Nach den Vorstellungen Matthöfers sollen die Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben, zu denen auch der Hochschulbau gehört, um 20 Prozent gekürzt werden. Dies würde bedeuten, daß 1981 für den Bereich Hochschulbau nur 680 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Ähnliches soll für die Jahre bis 1984 gelten. Gegen eine derartig drastische Kürzung wandte sich allerdings die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Helga Schuchardt. In einem dpa-Gespräch am 30. Oktober sprach sie von einem "Schildbürgerstreich", da ein Teil der längerfristig geplanten Baumaßnahmen für 1981 bereits eingeleitet worden seien. Bei einem derartigen Vorgehen seien Bauruinen die Folge.

Sie verwies auf Vorschläge der FDP-Bildungspolitiker, die im Endeffekt den gleichen Spareffekt von 2,7 Milliarden Mark bis 1984 erzielen. Um eingeleitete Bauvorhaben fortzusetzen, sollte der Bundesanteil 1981 und 1982 aber nur auf jeweils 800 Millionen Mark reduziert werden, dafür jedoch in den beiden folgenden Jahren auf je 600 Millionen Mark. Auch beim Studentenwohnheimbau befürwortete Frau Schuchardt eine vorsichtiger Reduzierung der Bonner Förderungsmittel allerdings mit dem mittelfristigen Ziel, daß die Länder allein für diesen Bereich aufkommen sollen. Demgegenüber sehen Matthöfers Sparpläne vor, in diesem Bereich im nächsten Jahr rund 30 Millionen Mark zu streichen, obgleich Bewilligungen für Bauvorhaben im Umfang von 70 Millionen Mark vorliegen.

Auf entschiedenen Widerspruch der Studenten dürften die von der FDP-Wirtschaftsseite kommenden Überlegungen stoßen, die Ausbildungsförderung im nächsten Jahr auf den derzeitigen Stand "einzufrieren". Helga Schuchardt gab zu verstehen, daß sich dieses "Einfrieren" nach ihrer Ansicht nur auf den Ist-Stand der Ausgabenansätze beziehen sollte. Sie plädierte dafür, 1981 zumindest die Elternfreibeträge anzuheben, um ein weiteres Herausfallen von Studenten aus der Förderung wegen gestiegener Elterneinkommen zu vermeiden. Die endgültigen Entscheidungen über den Umfang der Kürzungen im Bildungsetat wurden erst für das Ende der Koalitionsverhandlungen erwartet, die sich bis Anfang dieser Woche hinziehen dürften.

Von mancherlei Spekulationen begleitet, vollzogen sich die Behandlung des Forschungsressorts in den Koalitionsberatungen. Abgesehen von Kürzungsforderungen zwischen einer halben und einer Milliarde Mark ging es vor allem um die Frage, ob das Ministerium für Forschung und Technologie in seiner bisherigen Struktur beibehalten werden sollte. Nachdem schon vor Ende der Verhandlungen nahezu sicher war, daß Volker Hauff (SPD) dieses Ressort verlassen und das wieder vom Postministerium abgetrennte Verkehrsministerium übernimmt, gab es dem Vernehmen nach Vorstellungen der FDP, die von Sozialdemokraten geführten Ministerien für Bildung und Wissenschaft sowie Forschung und Technologie wieder zu einem Ressort zusammenzulegen. Hintergrund dieser Überlegungen war, daß die SPD dann keinen zusätzlichen Minister im Kabinett stellen würde.

Zwar wurde von SPD-Seite eine solche Zusammenlegung als die "unwahrscheinlichste Lösung" bezeichnet, doch bezeichneten informierte

Kreise bis zuletzt dieses Thema als "heiß" und noch keineswegs erledigt. So wurde Volker Hauff zugeschrieben, daß er die Bereiche Verkehr und Luftfahrtforschung gern vom Forschungs- ins Verkehrsministerium einschließlich der leitenden Experten mitnehmen möchte. Für den Fall einer Zusammenlegung gingen Spekulationen dahin, daß die Gesundheitsforschung ebenfalls ausgegliedert und dem Ministerium Jugend, Familie und Gesundheit zugeschlagen werde. In diesem Fall würden wohl auch die industrierelevanten Forschungsprojekte ins Wirtschaftsministerium wandern, wie vom Ressortchef Otto Graf Lambsdorff (FDP) stets gewünscht. Ein zusammengelegtes Bildungs- und Forschungsministerium könnte sich dann, so lauteten die Überlegungen von Fachkreisen, neben dem Bildungsteil vor allem auf die grundlagenorientierte Forschung einschließlich Nuklearbereich und Mikroelektronik konzentrieren.

Für den Fall, daß das Forschungsressort selbständig bleibt, wurde als Hauff-Nachfolger weiterhin Andreas von Bülow (SPD), derzeit Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, genannt. Im Zusammenhang mit dem Fall einer Zusammenlegung tauchte in Spekulationen hingegen der Name Klaus von Dohnanyi (SPD) auf, gegenwärtiger Staatsminister im Auswärtigen Amt, aber bereits einmal - von 1972 bis 1974 - auf dem Chefposten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.

Gegen die beabsichtigten Forschungskürzungen meldeten die Wissenschaftsorganisationen noch während der Verhandlungen Protest an. Ebenso wie der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Reimar Lüst, warnte auch der Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Prof. H. Rollnik, in Telegrammen an Bundeskanzler Helmut Schmidt vor drastischen Reduzierungen. An den Kanzler ging der Appell, sich dafür einzusetzen, daß auch in einer schwierigen Situation eine "angemessene finanzielle Förderung der Forschung durchgehalten wird". Natürlich wollten sich die Wissenschaftler dem allgemeinen Spargebot nicht entziehen, betonte Rollnik. Wenn aber die zuverlässige Förderung unterbrochen oder auch nur an einem Lebensnerv stark eingeschränkt werde, könne dies zu einer Stagnation führen. Aus einem solchen Tief wieder herauszukommen, sei viel teurer als bei stetiger Förderung "den derzeitigen Impetus der deutschen Forschung aufrechtzuerhalten."

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister erklärte, die GEW werde sich gegen jeden Versuch wehren, die Bildungsausgaben zu beschneiden. Der Bildungsetat müsse mindestens ebenso wie der Gesamthaushalt ansteigen und die Kostensteigerungen auffangen. Der Präsident der Freien Universität Berlin, Prof. Eberhard

Lämmert, sagte am 29. Oktober vor der Presse, die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand würden die Probleme der Freien Universität noch verschärfen. Sie befänden sich noch immer im Aufbau und könne daher schwer auf Zuwachsraten - zumal im Baubereich - verzichten.

#### VETTER UNTERSTÜTZT ARBEITSZEITFORDERUNGEN DER GEW

MAINZ - Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Heinz-Oskar Vetter, hat die Forderungen der Lehrer nach kürzerer Arbeitszeit nachdrücklich unterstützt. Zum Auftakt des Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Mainz betonte Vetter am 31. Oktober, Arbeitszeitverkürzung trage dazu bei, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit sei der Beitrag der Gewerkschaften zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Vetter versicherte, der DGB stehe im Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer an der Seite der GEW. Es gehe nicht an, daß eine Berufsgruppe auf Dauer von der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen und mit "fadenscheinigen Argumenten" Jahr für Jahr vertröstet werde.

Der GEW-Vorsitzende Erich Frister betonte vor den rund 400 Delegierten und zahlreichen Gästen, für die Gewerkschaft habe die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit unübersehbar die Notwendigkeit erwiesen, "aus der Eitstellerei heraus und zu einer kollektivvertragliche Regelung über die Arbeitsbedingungen zu kommen".

Vetter unterstrich auf dem Gewerkschaftstag die Forderung der Gewerkschaften nach einer aktiven Wachstums- und Technologiepolitik angesichts der gegenwärtigen und absehbaren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Dazu gehöre auch und gerade die Forderung nach einem weiteren Ausbau des Bildungswesens. Investitionen in diesem Bereich als Vergeudung zu bezeichnen, sei kein Dienst sondern "ein Frevel" an der zukünftigen Generationen. In allen Bereichen des Bildungswesens, vom Kindergarten bis zur Universität, bestehe Bedarf an Arbeitskräften, hob der DGB-Vorsitzende hervor.

Frister, der auf dem bis zum 4. November dauernden GEW-Gewerkschaftstag erneut für den Vorsitz kandidiert, übte scharfe Kritik daran, daß gegenwärtig mehr als 30.000 junge Erzieher, Lehrer und Wissenschaftler arbeitslos oder zur Kurzarbeit "auf dem Niveau der Sozialhilfe" gezwungen seien. Auf diese Weise werde pädagogisches Engagement im "Würgegriff" der politisch gewollten Arbeitslosigkeit von Lehrer und Wissenschaftler erstickt. Das Klima für Erziehung und Unterricht, Lehre und Forschung sei verdorben. Entschieden wandte sich der GEW-Vorsitzende gegen die SPD-geführten Landesregierungen von Hessen und Nordrhein-Westfalen, die Lehrerstellen abbauten oder keine neuen mehr einrichteten. Versprochen, wie kleine Klassen, mehr Lehrerzeit für Ausländer, mehr Unterricht an Berufsschulen, das Nachholen der inneren pädagogischen Reform bei Gesamtschulen und Orientierungsstufen wanderten in die Verbrennungsanlage für Reformmüll". Frister hob hervor, die GEW erwarte von der nordrhein-westfälischen Landesregierung, statt einer Verschärfung der Lehrerarbeitslosigkeit einen zügigen Ausbau der Gesamtschulen und die Einstellung aller Lehrer, um diese Schulen pädagogisch überzeugend zu gestalten.

Entschieden verlangte der GEW-Vorsitzende eine Fortschreibung des Bildungsgesamtplans nach pädagogischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Zugleich wandte er sich nachdrücklich gegen Ecken und deren Finanzierbarkeit. Die Politiker finanzierten das, was sie für notwendig hielten, was Stimmen bringe, Macht und Einfluß sichere. Die Bildungspolitik dürfe in den Auseinandersetzungen mit der Finanzseite nicht bescheiden sein.

### Hochschulen vor dem finanziellen Ruin?

"Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Kluft zwischen der demokratischen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit besonders deutlich wird." (Vorwort zu den "Forderungen des DGB zur Bildungspolitik").

Und diese Kluft wird jetzt noch größer werden!

Nach dem Entwurf des Haushaltsplans der hessischen Landesregierung sollen im Kultusetat 74 Mill. DM eingespart werden. Insgesamt beschloß das Kabinett Streichung in Höhe von 170 Mill. DM. Das heißt, daß die Hauptlast auf den Bereich des Bildungswesens abgewälzt wird. Diese Streichungen werden also dem grundlegenden Teil unserer Gesellschaft zugemutet, denn die Bildungspolitik hängt mit allen Bereichen unserer Gesellschaft zusammen. Aber um die Auswirkungen speziell auf die Hochschulen in voller "Schönheit" überblicken zu können noch ein paar Fakten:

#### Streichungen im Hochschulbereich

Insgesamt werden die Hochschulen um 21,7 Mill. DM geschröpft. Das heißt, daß 1981 rund ein Drittel weniger Geld zur Verfügung stehen wird. Durch eine solche Politik wird die Kontinuität von Forschung, Lehre und Studium massiv infrage gestellt. Jeder auch noch so zaghafte Ansatz von Studienreform dürfte, sollte dieser Haushaltsansatz verwirklicht werden, dann in den Wind geschrieben werden.

Aber nun zu den prägnanten Streichungen:

- Den dicksten Hammer stellt die Reduktion des Titels "Wissenschaftl. Hilfskräfte und Tutoren" um 8 Mill. DM (30 % des bisherigen Ansatzes) dar. Das heißt im Klartext, daß es keine Übungen im alten Sinn, sondern nur noch (vielleicht) Hörsaalübungen. Das heißt, daß die Betreuung in den Praktika personell noch schlechter sein wird als das bisher schon der Fall war, und das heißt, daß viele HiWis in eine katastrophale finanzielle Lage gebracht werden, weil viele Studenten Teile ihres Studiums durch diese HiWi-Jobs finanzieren.
- Im Bereich des Studentenwohnheimbaus werden 3 Mill. DM gestrichen und das angesichts der unerträglichen Wohnungsnot, die wir momentan in Darmstadt besonders stark spüren. Die Versprechungen des Studentenwerks, den Neubau von Wohnheimen voran zu treiben, dürften somit zu einer leeren Hülse geworden sein. Somit wird die elementarste Grundlage für ein sinnvolles Studium, nämlich zu Wohnen, geraubt und die soziale Auslese auf mittelbarem Weg verschäuft.

- Quasi auf 0 wurde der Posten " Ersatzbeschaffung EDV-Geräte" gefahren.
- Höchstwahrscheinlich wird der Essenzuschuß um rund 1 Mill. DM geschrumpft, was heißt, daß in Hessen jedes Menssaessen -,10 DM teurer werden wird.
- Erhebliche Streichungen sind auch im Bereich der Forschung zu verzeichnen. Man versucht nämlich im Personalhaushalt eine drastische Stellenbewirtschaftung in dem Sinn zu bewerkstelligen, daß jede freiwerdende Stelle für 3 Monate gesperrt ist. 10 % davon bleiben auf Dauer gesperrt, weitere 30 % können nur mit Zustimmung des Kultusministers wieder besetzt werden.

### Was heißt das weiter?

Wir müssen uns bewußt sein, daß diese Mittelkürzung auch weitere Auswirkungen hat. Neben dem totalen Zusammenbruch des Übungsbetriebes gerade in den ersten Semester, dürften wohl auch Studienordnungen darunter leiden. Denen, die Reformbestrebungen (die immer in der Umsetzung Geld kosten) bisher negativ gegenüber standen, wird nun die entsprechende Argumentation geliefert - es ist ja keine Geld da!

Dieser Hauhaltsentwurf bedeutet aber nicht nur den ersten Schritt auf dem Weg des Zusammenbruchs der Studienreform, sondern er wird, können wir ihn nicht verhindern, die Selektionsmechanismen an der Hochschule verstärken und genau die Elitehochschule schaffen, gegen die wir uns zur Wehr setzen.

### Perspektiven

Die ersten Reaktionen auf die Streichungen im Kultusetat waren heftig. Wir dürfen uns in Anbetracht des Ernstes der Lage nicht im gegenseitigen Konkurrenzkampf zwischen den Hochschulen, Gruppen an der Hochschule und Fachbereichen verzehren. Die Streichungen treffen alle und setzen am empfindlichsten Punkt der Gesellschaft an, der Bildung.

Es muß Konsens zwischen den Hochschulangehörigen hergestellt werden, um gemeinsames Handeln möglich zu machen.

V.i.S.d.P. ASTa der THD

dpa-Dienst für Kulturpolitik 20/10/80

Ein Mindesthaushaltsvolumen von 4,3 Millionen Mark für die Technische Hochschule Darmstadt (THD) hat für 1981 ihr Präsident Helmut Böhme von der Landesregierung gefordert. Unter Hinweis auf die drohenden Mittelkürzungen beklagte Böhme am 14. Oktober vor Journalisten, daß die THD von solchen Sparmaßnahmen am härtesten betroffen und beeinträchtigt wäre. So sei für die THD nur ein Haushalt von 2,9 Millionen Mark vorgesehen. Erstmals seit 1972 - so der Präsident - würde der Haushalt mit eingesparten 1,2 Millionen Mark um 30 Prozent zusammengestrichen. Bisher war der Haushalt um jährlich fünf Prozent angehoben worden. Der TH-Haushalt für 1980 betrug 4,1 Millionen Mark. Angesichts steigender Studentenzahlen, mangelhafter personeller Ausstattung in Teuerungszeiten sind für Böhme drastische Einschränkungen im Studienangebot unvermeidbar. Böhme sagte "einen scharfen internen Numerus Clausus" und längere Studienzeiten für die THD voraus, falls der Haushaltsentwurf Wirklichkeit würde.

BERICHTE,,,,,DISKUSSIONEN,,,,

FILM AUS PALÄSTINA

INFORMATIONEN !!!!!

FOLKLORE AUS AFRIKA !!!!

INTERNATIONALER  
-ABEND  
INFORMATIONEN

NATÜRLICH MIT ESSEN und TRINKEN .....

UND Informationen über das Ausländerstudium.

Am 24.10.80

um 19<sup>00</sup>

im Wilhelm-Köhler Saal  
im alten Gebäude

VERANSTALTER AUSLÄNDERAUSSCHUSS

+ A S T A der T H D